



Roma-Treffen 2011

Netzwerk für Dialog und Courage
c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, D 30161 Hannover

Elementare Grundrechte achten – Humanitäres Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge Erklärung des 1. Roma-Treffens 2011 in Hannover (06.02.11)

2011 stand das Schicksal der europäischen Roma und Sinti zum ersten Mal im Zentrum der Erinnerungsfeiern am Internationalen Holocaust-Tag, dem 27. Januar. Seit 1996 ist der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die sowjetischen Truppen Gedenktag in Deutschland. 2005 erklärte die UN-Generalversammlung den Tag zum Internationalen Gedenktag.

Die TeilnehmerInnen des 1. Roma-Treffens 2011 in Hannover begrüßen diese symbolischen Gesten einer neuen Erinnerungskultur sehr, denn die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung darf nie in Vergessenheit geraten. Wer dieses Gedenken ernst nimmt, kann das heutige Unrecht der zwangsweisen Abschiebungen von Angehörigen der Roma-Minderheiten (Roma, Ashkali, Ägypter – im folgenden: Roma) durch die Ausländerbehörden von Bund und Ländern sowie deren herbeigeführte „freiwillige Rückkehr“ nicht tatenlos hinnehmen. Der flüchtlingspolitisch aufgeklärte Teil der Bevölkerung in Europa hat längst verstanden: Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde von Angehörigen der Roma in die Länder des ehemaligen Jugoslawien, insbesondere nach Kosovo, ist auf absehbare Zeit nicht möglich. Deshalb appelliert das 1. Roma-Treffen 2011 in Hannover an die Innenminister und die Regierungen von Bund und Ländern:

Roma-Flüchtlinge brauchen dauerhaften Schutz vor Bedrohung und Verfolgung, den es nur mit einem sicheren Aufenthalt in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten gibt.

Als erster Sprecher der Roma und Sinti in der Nachkriegsgeschichte war Zoni Weisz (73) eingeladen, im Bundestag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu sprechen: „Heute gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Genozids an 500.000 Sinti und Roma, wir erinnern an die Opfer der Shoa, des Mordes an sechs Millionen Juden, und wir gedenken all der anderen Opfer des Nazi-Regimes. Es war ein sinnloser, industriell betriebener Mord an wehrlosen, unschuldigen Menschen, erdacht von fanatischen Nazis, Verbrechern, die dazu in ihren Rassegesetzen eine Legitimation fanden“. Weisz spricht von einem „vergessenen Holocaust“: „Sind die Opferzahlen ausschlaggebend für die Aufmerksamkeit, die einem zuteil wird, oder ist das Leid eines einzelnen Menschen wichtig?“

Nach den Schrecken der Nazi-Ära weist der Gastredner auf die Rede von Günther Grass vor dem Europarat hin, in der der Schriftsteller bereits im Jahr 2000 vor einem neu aufkommenden Rechtsradikalismus warnte. Weisz zu den aktuellen Entwicklungen in Europa: „Es ist menschenunwürdig, wie Sinti und Roma, insbesondere in vielen ost- und südosteuropäischen Ländern, wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, behandelt werden.“ Er folgert daraus: „Es ist kein Wunder, dass seit einiger Zeit insbesondere Roma auf der Suche nach einem besseren Leben und nach Zukunft für ihre Kinder nach Westeuropa kommen“.

Weisz' Apell findet Anerkennung: „**Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute im einundzwanzigsten Jahrhundert immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird.**“

Zoni Weisz verlor seine gesamte Familie durch die Todesmaschine der Nazis und entkam selbst nur mit Hilfe eines niederländischen Polizisten knapp der Deportation. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland, begleitete Bundespräsident Wulff am 27. Januar zur Gedenkfeier im ehemaligen KZ Auschwitz - auch dies eine symbolische Geste, die nicht-jüdischen Opfer des Nationalsozialismus stärker als zuvor zu bedenken. Das Unrecht an Roma und Sinti wird in diesem Jahr auch durch die Eröffnung eines nationalen Mahnmals in Berlin zur Erinnerung an die Roma und Sinti, die Opfer der Verfolgung durch den NS-Staat geworden sind, ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Viele weitere Akte der Erinnerung - sowohl an das unfassbare Leid, das die Minderheit der Roma und Sinti traf, als auch an die Täter - sind erforderlich, ist doch der Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, der verantwortlich für millionenfachen Mord, Krieg und Zerstörung ist, weiterhin lebendig. In mehreren Ländern Ost- und West-Europas kommt es heute zu Diskriminierung, rassistischen Angriffen und einer Missachtung elementarer Menschenrechte der Roma und Sinti, der größten Minderheit Europas.

Als AkteurInnen der Zivilgesellschaft können wir aus den Verbrechen der Vergangenheit lernen: Wir dürfen nicht zusehen, wenn wir Zeuge eines neuen Unrechts werden. Viele Roma-Familien, die aus dem Kosovo hierher geflüchtet sind, leben hier, Roma und Alteingesessene sind Nachbarn, Bekannte, Freunde.

Wir protestieren gemeinsam gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma-Flüchtlinge, die vor Bedrohung und Verfolgung in Deutschland Schutz suchen.

Erklärung des 1. Roma-Treffens 2011 in Hannover (06.02.11), S. 2

Tausende Roma-Flüchtlinge aus Osteuropa, insbesondere aus dem Kosovo, werden von den zuständigen Innenministerien seit vielen Jahren zu einem Leben in Unsicherheit und Angst gezwungen, ohne Bewegungsfreiheit, ohne einen festen Aufenthaltstitel, ohne Arbeitserlaubnis, ohne Aussicht auf Ausbildung und Fortbildung, ohne Perspektive für die Kinder, Jugendlichen und Familien, ohne Hoffnung für die Alten und Kranken.

Wer die Erinnerung an das Grauen der NS-Verbrechen ernst meint, muss sich der Verantwortung stellen. Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Roma-Flüchtlinge wäre ein Schritt, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Seit Jahren appellieren Roma-Selbstorganisationen sowie Organisationen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, darunter die großen Hilfswerke der Evangelischen und Katholischen Kirche, das Diakonische Werk und Caritas, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen wie die Gesellschaft für bedrohte Völker und Pro Asyl, Organisationen wie Aktion Sühnezeichen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), sachkundige Politiker wie Schwarz-Schilling (CDU), Jugendinitiativen wie „Jugendliche ohne Grenzen“ und unzählige Kirchengemeinden, Sportvereine, Schulen und Einzelpersonen:

„Gebt den Roma-Flüchtlingen endlich ein Bleiberecht!“

Seit Jahren wiederholen die Innenminister ihre Litanei, es solle durch Bleiberechts-Regelungen „kein Anreiz zur Flucht in 'unser Sozialsystem'“ geboten werden. Dabei verhindern dieselben Innenministerien durch die Verweigerung eines legalen Aufenthaltes incl. Arbeitsgenehmigung den Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo die Chance, hier durch eigene Arbeit, Fortbildung etc. den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Diese menschenunwürdige Praxis der Behörden folgt dem Prinzip: Wir geben ihnen keine Rechte, dann sind sie auf Sozialunterstützung angewiesen. Der Öffentlichkeit erzählen wir, dass sie ja 'auf unsere Kosten leben', so erhalten wir eine Legitimation zur Abschiebung.

Am 7. Januar 2011 starb Frau Barbo T. in Kragujevac. Die Mutter einer Roma-Flüchtlingsfamilie aus Rheinland-Pfalz wurde am 07.12.2010 nach Pristina, Kosovo, abgeschoben. Entgegen der Annahme des zuständigen Verwaltungsgerichts Trier, dass sich mit seiner Abschiebungs-Anordnung auf Angaben des Auswärtigen Amtes stützte, gab es im Kosovo für Frau T. keine angemessene Behandlung und keine Betreuung. Warum hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz nicht wie Nordrhein-Westfalen direkt nach der Innenminister-Konferenz vom 19.11.2010 einen Abschiebe-Stopp angeordnet? Als einziges Bundesland setzte Nordrhein-Westfalen Anfang Dezember 2010 die Abschiebung von Roma aus NRW nach Kosovo aus – zunächst bis März 2011, weil dort die Aufnahme-Bedingungen für zwangsweise zurückgebrachte Flüchtlinge unzumutbar sind. Rheinland-Pfalz aber schiebt weiter ab.

Frau T. starb ohne medizinische Versorgung zwei Monate nach ihrer Abschiebung aus Mähl bei Koblenz über den Abschiebeflughafen Düsseldorf, weil die Behörden hartherzig auf einem längst überholten Verfahren und auf unzulässigen Lagebewertungen des Auswärtigen Amtes beharrten – und weil die Familie allein stand und keinen anderen Schutz mehr finden konnte.

Alle Bundesländer außer NRW verfolgen weiterhin die inhumane Praxis einer kontinuierlichen Abschiebung von Roma-Familien. Das Beispiel NRW zeigt jedoch, dass unter denselben juristischen Rahmenbedingungen eine Bewertung der Lage im Kosovo auch zugunsten der Roma-Flüchtlinge möglich ist. Nach Berichten der OECD und unabhängiger Organisationen haben abgeschobene Roma im Kosovo keine Lebensperspektive, keinen Anspruch auf soziale Unterstützung, keine Aussichten auf Arbeit und ein eigenes Auskommen, keine Chance auf notwendige medizinische Versorgung, keine Chance auf Bildung insbesondere für die Kinder und Jugendlichen. Angesichts der inhumanen Abschiebungs-Praxis fordern wir deshalb:

„Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge sofort !“

Wir werden der Missachtung elementarer Grundrechte nicht tatenlos zusehen, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für ein humanitäres Bleiberecht streiten.

Roma-Flüchtlinge erheben ihre Stimme – sie sollen nicht weiter unbeachtet bleiben!

„Wir müssen auch weiterhin die Botschaft des friedlichen Miteinanders verkünden und an einer besseren Welt bauen – damit unsere Kinder in Frieden und Sicherheit leben können“ (Zoni Weisz, Berlin, 27.01.2011)

- Die Roma-Treffen, 2008 von Romane Aglonipe e.V. (Roma in Niedersachsen) und Freunden als Forum für Austausch, Lobbyarbeit und Aktionen initiiert, arbeiten - unabhängig und parteiübergreifend - als Netzwerk für Roma-Organisationen und zivilgesellschaftliche Kooperationspartner aus mehreren Bundesländern.
- In den Roma-Treffen wirken u.a. mit: Romane Aglonipe (Hannover), Projekt Roma (Göttingen), Roma-Initiativen (Hildesheim, Nordhorn, Bremen), Kinder-Kinder (Lüchow), Rroma-Lehrer (Niedersachsen), Romano Drom (Magdeburg/Sachsen-Anhalt), Rroma Aether Klub Theater (Berlin)